Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.—, durch die Post bezogen Mark ·.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile · 0 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 17 — Mittwoch, den 1. März 1922 — 56 Jahrgang.

Amtliches

Kreis Ilfeld

Bekanntmachung.

Am **Freitag, den 3 März 1922 nachmittags ½3—½4 Uhr** findet im Amtsgebäude in Elbingerode

Sprechtag

statt.

Ilfeld, den 27. Februar 1922.

Der Landrat: Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Für den Monat März wird die **Mehlmarke 5** mit 1 Pfund **Weizenmehl** zum Preise von 4,50 Mark beliefert.

Die Marken haben nur im Monat März Gültigkeit und müssen bis zum **5. April d. Js.** bei der Kreiswirtschaftsstelle von den Bäckereien eingeliefert sein.

Ilfeld, den 23. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung

Am 13. März d. Js., vormittags 9½ Uhr, findet ein Kreistag im hiesigen Amtsgebäude statt.

Ilfeld, den 22. Februar 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung für die Gemeindebehörden, betreffend Aufstellung der Gemeinde-Voranschläge für das Rechnungsjahr 1922.

Den Gemeindebehörden werden in den nächsten Tagen 2 Formulare für die Gemeinde-Voranschläge mit dem Ersuchen übersandt, das Erforderliche wegen der Aufstellung der Voranschläge in die Wege zu setzen. Ein Stück des Voranschlages ist für die Gemeindekasse bestimmt, während das andere bemnächst mit einer beglaubigten Abschrift des Beschlußprotokolles der Gemeindevertretung über die Belastung der Realsteuern hier einzureichen ist.

Die für den Kreis und die Provinz etc in Frage kommenden Beträge an Kreis- und Provinzialabgaben sind schätzungsweise in dem Voranschlage unter Titel IV bezüglich eingesetzt worden.

Besonders mache ich die Gemeindebehörden darauf aufmerksam, daß unter Titel V die für das Volksschulwesen in Betracht kommenden Beträge (—vor allem die Beiträge für die Landesschulkasse—) in der erforderlichen Höhe in Ausgabe gestellt werden müssen

Wegen der Fehlbeträge für das Rechnungsjahr 1921 wird eine Nacherhebung wohl für alle Gemeinden erforderlich sein. Es wird hinsichtlich der für den Kreis und die Provinz in Betracht kommenden Beträge bemerkt besondere Anweisung ergehen.

In der im Monat März stattfindenden Gemeindevorsteherversammlung wird zu Vorbesprechungen noch eine mündliche Erörterung erfolgen. Zweckmäßig wird es sein, wenn die Gemeindebehörden sich schon vorher mit der Sache vertraut machen, d. h. eine Berechnung aufstellen, welcher Betrag durch Steuern aufzustellen werden muß.

Zuletzt mache ich darauf aufmerksam, daß gemäß § 54 Abs. 3 des Gesetzes vom 8. August v. Js. (Ges. S. Seite 495) vor der Festsetzung des Umlage-Beschlusses die örtlichen Vertretungen hiervon betroffenen Steuerpflichtigen zu hören sind (z. B. bei den Gewerbetreibenden bei von dem Handwerkerbunde den Gemeinden nahmhaft gemachten Vertretern!) Diese Vorschrift ist von der Gemeindebehörde vorzüglich zu beachten.

Ilfeld, den 22. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle Bestellungen auf Materialieferungen, Arbeitsleistungen, Reparaturen usw. für den Magistrat in Zukunft von uns auf Grund unterschriebener Bestellzettel gedruckt werden. In Notfällen werden Bestellscheine nachgeliefert.

Eingereichte Rechnungen, die auf Bestellungen nach dem 1. März d. Jrs. hierherzugangen, werden nur honoriert, sofern der Rechnung auch der Bestellzettel angefügt ist.

Die in Frage kommenden Geschäftsleute wollen hiervon Kenntnis nehmen.

Elbingerode, den 27. Februar 1922

Der Magistrat: Selke.

Lokales.

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 1. März 1922.

— **Der Wert der deutschen Reichsmark** betrug in Amerika Montag abend 1.85 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 229.88 Mark, während der Dollar in Berlin amtlich 228.27 Geldkurs notierte.

— **Für Schwerbeschädigte.** Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht die Grundsätze, welche seitens des Vorsitzenden des Fürsorgeamts für Beamte aus den Grenzgebieten bei der Besetzung freier, freiwerdender oder neu eingerichteter Stellen bei Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in Preußen beachtet werden. Hiernach bestehen keine Zweifel darüber, daß das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter dem preußischen Unterbringungsgesetz vom 31. 3 1920 vorgeht, daß die Bestimmungen des letzteren nur zur Anwendung kommen können, soweit die Vorschriften des ersteren dem nicht entgegen stehen. Schwerbeschädigten wird ohne weiteres der Vorzug eingeräumt. Stellen, die mit Schwerbeschädigten zu besetzen sind, kommen für die Besetzung durch Beamte aus den abgetretenen Gebieten nicht in Betracht und die Körperschaften, die die Mindestzahl (an Schwerbeschädigten) noch nicht erreicht haben, sind erst dann zur Anmeldung beim Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten verpflichtet, wenn nach Ablauf der gesetzl. Frist Schwerbeschädigte nicht in Frage kommen. Auch dann besteht für die Körperschaften eine Anmeldepflicht nicht, wenn bei Freiwerden einer Stelle sofort ein Schwerbeschädigter eingestellt wird, trotzdem die Mindestzahl derselben (2 v. H.) bereits erreicht war. Ist die Stelle beim Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten schon zur Anmeldung gelangt, so muß die Körperschaft die Anmeldung unter Angabe der Gründe zurückziehen. Das Unterbringungsgesetz für Beamte aus den Grenzgebieten gilt keine Handhabe, die Körperschaften bei der freien Bewerbung zur Vorzugsmaßnahme Berücksichtigung der schwerbeschädigten Fürsorgeberechtigten zu veranlassen. Bei entstehenden Streitfragen entscheidet das Fürsorgeamt. Wir bemerken hierzu daß die vorstehenden Grundsätze eine wesentliche Bevorzugung der Schwerkriegsbeschädigten bei Einstellungen oder Beförderungen von amtliche Stellen bedeuten und hoffen, daß auf Grund des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. 4. 1920 mehr als bisher Schwerkriegsbeschädigte beworben, bei Behörden pp. angestellt werden, sofern sie sich sonst körperlich wie ihren Leistungen nach dazu eignen. hyl.

— **Wiederaufnahme des Verfahrens bei Teilrenten von 10 v. H.** Das Reichsversorgungsgericht hat in der grundsätzlichen Entscheidung vom 6. 10. 1921 folgenden Grundsatz aufgestellt: „Für die Zeit nach dem 31. 3. 1920 können wegen der Folge einer Dienstbeschädigung nur auf Grund des RSG. vom 12. 5. 1920 Versorgungsgebührnisse festgestellt werden, soweit nicht besondere Ausnahmevorschriften bestehen (zu vgl. vor allem die §§ 95, 99 und 100 RSG)." Diese Entscheidung ist in der Sammlung „Entscheidungen des Reichsversorgungsgerichts" Band II Seite 96 veröffentlicht. Infolgedessen ist in Fällen, in denen mit Wirkung von einem nach dem 31. 3. 1920 liegenden Zeitpunkte an eine Teilrente von 10 v. H. der Vollrente auf Grund des **M. V. G. festgesetzt ist, gemäß § 66 Abs. 1 Nr. 12 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. 1. 22 (RGBl. 1922 Nr. 120)** zur Wiederaufnahme des Verfahrens nach Maßgabe der §§ 68 bis 70 a. a. O. zulässig. Sie ist in allen Fällen sofort in die Wege zu leiten. Die Wiederaufnahme erfolgt, wenn gegen den Bewilligungsbescheid Berufung nicht eingelegt worden oder zwar eingelegt, aber ein Urteil noch nicht ergangen ist, von Amts wegen durch Zustellung eines Bescheides; in diesem ist die Wiederaufnahme und die Ablehnung der Rente zu begründen und auf die Zulässigkeit der Berufung hinzuweisen. Falls ein Berufungsverfahren schwebt, ist gleichzeitig die erfolgte Wiederaufnahme dem Gericht mitzuteilen. Ist die Rente von 10 v. H. vom Versorgungsgericht zugesprochen oder über den Bescheid, der eine Teilrente von 10 v. H. bewilligte, ein Urteil im Spruchverfahren ergangen, so ist die Wiederaufnahme beim Versorgungsgericht zu beantragen, und zwar auch dann, wenn gemäß Ziffer III des Erlasses vom 17. 6. 1921. (RGBl. 1021 S. 395 Nr. 751) Revision eingelegt ist. Um Verkürzung der Frist von einem Monat (§ 69), die frühestens mit dem Inkrafttreten des Verfahrensgesetzes beginnt, unter allen Umständen zu vermeiden, ersuche ich, Vorsorge zu treffen, daß in allen Fällen der Wiederaufnahmeantrag vor dem 1. 3. 1922 beim Versorgungsgericht eingeht oder, soweit die Wiederaufnahme von Amts wegen durch Zustellung eines Bescheides zu erfolgen hat und dieser nicht sofort erlassen werden kann, vor diesem Zeitpunkt dem Beschädigten mitgeteilt wird, daß eine neue Prüfung zwecks Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet ist (§ 68 Abs. 1). Ist die 10 prozentige Rente nach Nr. 15 b der Anlegung des RSG. (RGBl. 1921 Nr. 388 S. 191) bereits entzogen, so hat es dabei sein Bewenden. Sollte, wenn über die Entziehung z. Zt. ein Berufungsverfahren schwebt, vom Versorgungsgericht die 10 prozentige Rente wieder zugebilligt worden, so ist Rekurs einzulegen. hyl.

— **Kein Schlußtermin für die Verleihung der „Kriegsdenkmünzen.** Durch einige Zeitungen ist die Nachricht gegangen, daß Anträge auf Verleihung der Kriegsdenkmünze 1914/18 des Luftschiffer-Bundes (Reichskriegerbundes) bis zum 1. Februar 1922 gestellt sein mußten. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Ein Schlußtermin für die Verleihung der Kriegsdenkmünze ist nicht bestimmt worden. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitgliedschaft zu einem Kriegerverein Vorbedingung der Verleihung ist und, daß aus Gründen der genaueren Kontrolle schriftlich der Berechtigung der Antragsteller Anträge nur an die örtlichen Kriegervereine zu richten sind. hyl.

— **Sonderausstellung „Die deutsche Schule" auf der „Miama"** Juni bis September 1922. An dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes mitzuwirken, ist der deutschen Schule mit an erster Stelle vorbehalten. Sie soll dem deutschen Vaterlande das neue Geschlecht heranziehen und erziehen, das Deutschland im Wettbewerbe der Nationen wieder ebenbürtig neben den Völkern auftreten läßt. Sie darf darum auf einer Ausstellung, die sich die Aufgabe stellt, den schlummernden Lebenskräften des deutschen Volkes neuen Antrieb zu geben und den Strebenden neue Wege zur Weiterentwickelung zu weisen, nicht fehlen. Es besteht darum die Absicht, in Gestalt einer großzügigen Lehrmittelausstellung alles Wesentliche auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung zur Darstellung zu bringen. Da sich in der deutschen Schule vielerorts neue Kräfte regen und vielfach neue Wege zur Erreichung des hohen Erziehungszieles begangen werden, soll besonders auf die neuzeitlichen Hilfsmittel, die die Lehrmittelindustrie zu bieten imstande ist, Gewicht gelegt werden. In Verbindung damit werden seitens einer Reihe von Lehrerverbänden und Schulfachvereinigungen in Sondergruppen einzelne Abteilungen aus den verschiedensten Gebieten durch Arbeiten aus der Schule zur Darstellung gelangen. Durch dieses innige Zusammenarbeiten von Lehrmittelindustrie und Lehrerschaft wird es möglich sein, das Schulwesen auf der Mitteldeutschen Ausstellung in einer seiner Bedeutung entsprechenden Weise zum Ausdruck zu bringen. Seitens der Lehrerschaft wird der Veranstaltung ein lebhaftes Interesse bekundet. Es ist neben einer Reihe von Tagungen, die einen großen Zustrom erwarten lassen, eine vom Preußischen Lehrerverein vorbereitete schulpolitische und pädagogische Woche" in Aussicht genommen. In ihr werden die namhaftesten Führer auf dem Gebiet der Schulpolitik und der neueren Pädagogik zu Worte kommen. Die Organisation dieser Arbeitung ist einem besonderen Arbeitsausschuß übertragen, hinter dem der Preußische Lehrerverein, der Preußische Philologenverband, der Landesverein Preußischer Schulschwestern, der Reichsverband deutscher Mittelschullehrerinnen, Landesverband der Lehrerinnen an höheren Schulen, der Verein akademisch gebildeter Lehrerinnen, der Preußische Turnlehrerverein, der Landesverein akademischer Zeichenlehrer, und der Landesverein Preußischer Technischer Lehrerinnen stehen. So wird die Sonderausstellung „Die deutsche Schule" von großer Bedeutung für die Weiterentwickelung des deutschen Schulwesens sein.

— **Zur Portoersparnis.** Drucksachen statt Briefe. Die im gewaltigen Sinne erfolgte Erhöhung des Portos bringt für viele Geschäftsbetriebe eine so empfindliche Mehrbelastung des Unkostenkontos, daß man eine Einschränkung der Briefsendungen in ernstliche Erwägung zieht. Ein dazu führender gangbarer Weg ist u. a. die schon von einigen Firmen befolgte Praxis, die Fakturen stets den Warenpaketen beizufügen. Damit aber im Falle des Verlustes einer Sendung der Empfänger von deren Abgang unterrichtet wird, ist es notwendig, diese Mitteilung durch Drucksache dem Kunden zu machen. Die Portoersparnis wäre ganz beträchtlich. Nützig wäre es nur, daß den einlaufenden Drucksachen künftig eine erhöhte Beachtung seitens der Empfänger zuteil wurde, damit sie nicht etwa — nach bisher vielfach vorhandenen Gepflogenheiten — ungelesen in den Papierkorb wandern.

— **Die Thüringischen Elternbeiratswahlen im Zeichen des Kulturkampfes.** Das Gesamtergebnis der Elternbeiratswahlen in Thüringen zeigt einen Sieg der für die christliche Grundlage unserer Schulerziehung eintretenden unpolitischen Listen. Vertreter der christlich-unpolitischen Listen (gegenüber den gegnerischen) wurden gewählt: in Gera 66 (63), Eisenach 53 (22), Jena 61 (59), Arnstadt 53 (30), Saalfeld 31 (14), Rudolstadt 11 (4), Pößneck 11 (4), Ruderoda 23 (7), Weida 11 (4), Treptis 11 (4), Friedrichroda 9 (6), Ebermar 11 (4), Ronneburg 15 (9), Auma 9 (6). Was den vereinigten Listen der Sozialdemokraten geschadet hat, ist die Hineinziehung der Politik in die Schule, den Kampf gegen den christlichen Religionsunterricht und die Forderung der weltlichen Schule. Die gegenwärtige Thüringer Regierung hat, wie bekannt, den Kulturkampf heraufbeschworen. Die bestätigt die ev. Bevölkerung durch die Aufhebung des Reformationsfestes und des Bußtages. Führende Männer des neuen thüringischen Staats-Ministeriums agitieren in Volksversammlungen gegen den Religionsunterricht und greifen öffentlich nicht nur die Kirche, sondern das ganze Christentum an. Die kommende Schulgesetzgebung und Schulverwaltung wird denselben Geist zeigen. Soeben hat das thüringische Staatsministerium Männer wie Prell und Jakobi, deren Gegensatz zu christlicher Erziehung von den Gothaer Schulkämpfen her in übelster Erinnerung steht, zu Schulräten im Volksbildungsministerium ernannt! Der Ausfall der Elternratswahlen zeigt, daß die Thüringer sich auf falschem Wege befinden. Das thüringische Volk will sich die christliche Grundlage seines Schulwesens nicht nehmen lassen. Die Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen in Jena verlehnten am Reformationstage demonstrativ den Unterricht und zogen geschlossen auf den Marktplatz vor das altmärkische Handfriedsdenkmal und sangen in Gegenwart einer großen Menschenmenge das Luthertied: „Ein feste Burg ist unser Gott!" (Nach Th.E.R.)

— **Abzugsfähigkeit der Kirchensteuern bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens** Nach einem Gutachten des Reichsfinanzhofes sind Kirchensteuern bei Ermittlung des nach dem Einkommensteuergesetze steuerbaren Einkommens vom Gesamterlös der Einkünfte im allgemeinen nicht abziehbar. Sie können aber zum Abzug zugelassen werden, wenn sie als Erwerbsaufwand zur Bestimmung Vermögensteilen des Steuerpflichtigen (insbesondere von Grundbesitz) erhoben werden.

Halberstadt. Millionenpreise der Landwirtschaft. Die im Landbund vereinigten Landwirte unseres Kreises haben auf Anregung des Landrats Dr. Wagner im Sommer 20000 Ztr. Brotgetreide zu einem außerordentlich billigen Preis zur Verfügung gestellt, um billiges Brot zu schaffen. Stadt- und Landkreis haben daher an minderbemittelte Familien den ganzen Sommer über schon Landbundbrotmarken abgeben können, auf die Brot zum gleichen Preis wie Markenbrot bezogen werden konnte, wer eben mit seinem Markenbrot nicht ausreichte. Jetzt aber stelle sich erst der Vorteil heraus. Während nämlich der Brotpreis auf 12 Mark erhöht werden mußte, kostet das Landbundbrot nur 8,75 Mk. In der Stadt Halberstadt kommen vom 15. Februar bis 15. August d. J. allein noch 193710 Landbundbrotmarken zur Verteilung, im Landkreis desgleichen. Für die Dauer eines halben Jahres beträgt also die Spende der Landwirte rund 2½ Millionen Mark.

Halberstadt. (Angestelltenstreik?) Nachdem dem Vermittlungsvorschlag des Regierungsvertreters von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist, besteht keine Möglichkeit mehr, die Angelegenheit auf friedlicher Grundlage zu regeln. Die Angestellten selbst, die mit dem Spruch des Schlichtungsausschusses nicht einverstanden waren, haben nunmehr unmittelbar vor dem Streik. Die Urabstimmung in den Betrieben wird morgen vorgenommen. Von dem Ergebnis dieser Abstimmung hängt die Entscheidung ab.

Lauterberg. Die hiesige Oberförsterstelle ist dem Oberförster v. Rohrscheidt, bisher Hilfsarbeiter im Ministerium, vom 1. April 1922 ab übertragen worden.

Magdeburg. Wieder ein Nest von Eisenbahndieben ausgehoben. In der Nacht vom 20. bis 21. Februar wurden auf dem Bahnhof Buckau acht Eisenbahnwagen erbrochen und beraubt. Beamten der Untersuchungsstelle der Eisenbahndirektion gelang es, nach am folgenden Tage, die Eisenbahnräuberbande, welche wie Banditen unter den Gleisen gewütet hatte, festzunehmen. Es sind dies zwei Arbeiter und drei Schlosser aus Fermersleben. Als Hehler wurde ein Arbeiter aus Alt-Fermersleben festgenommen. Alle Verhafteten wurden dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Außerdem wurde bei den Dieben bei der Haussuchung eine Kiste mit Sprengstoff beschlagnahmt, welcher ebenfalls aus Eisenbahndiebstählen herrührt.

Im Preise

! **bedeutend** !

herabgesetzt!

Burschen-Anzüge, gefüttert, 150 u 175 Mk.
Herren-Anzüge gefüttert, 250 u 350 Mk.
Damen-Mäntel, 150—250 Mk.
Damen-Kostüme, 125 Mk.
Kinder-Mäntel, 75—100 Mk.
Abend-Hosen, Halbwolle, 75—100 Mk.

Es sind nur noch einige Stücke hiervon vorhanden

Adolf Zander.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220301-11/fragment/page=1

Das Börsenbarometer.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Unverhofft kommt oft, sagt der Volksmund. Auch die Börse, die sich seit Beginn des neuen Jahres etwas auf den Lorbeeren des Hausseherbstes von 1921 ausgeruht hatte, sieht sich plötzlich in eine neue Aufwärtsbewegung der fremden Devisen, der Zahlungsmittel des Auslandes, hineingerissen. Der Dollar ist innerhalb weniger Tage von seinem Stande unter 200 um 20 bis 30 Punkte gestiegen, eine Bewegung, die ihm selbstverständlich von den übrigen fremden Geldsorten sofort pflichtgemäß nachgemacht wurde. Im Vergleich zu den Kursbewegungen vom Oktober und November hält sich freilich das, was jetzt an den deutschen Börsen vorgeht, sozusagen in bescheidenen Grenzen, aber der kundige Mann glaubt bereits in den Lüften das Flügelrauschen einer neuen Erntezeit zu vernehmen, die von heute auf morgen wieder einmal ein Füllhorn ungeheurer Gewinne über Gerechte und Ungerechte ausschütten wird. Und natürlich, da die Devisen steigen, können auch die Wertpapiere nicht still bleiben. Auf allen Beeten des Börsenackers regt und bewegt es sich, strebt nach oben, und das liebe Publikum drängt wieder zu den Maklern und Agenten, um zu kaufen und zu verkaufen, was es besitzt und was ihm für den Augenblick begehrenswert erscheint. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles, hieß es früher, heute hat sich das Gold in mehr oder weniger lockendes, mehr oder weniger sauberes Papier verwandelt, nach dessen Besitz alle Welt Verlangen trägt, trotzdem jedermann auf diese Art von Goldersatz recht schlecht zu sprechen ist. Aber die Kurse steigen, da gibt es kein Halten.

Die Gründe? Als der Eisenbahnerstreik nach achttägiger Dauer beendet war, begann die deutsche Mark sich zu heben, und der Dollar kokettierte mit der Tendenz nach unten. Als dann der Kampf um das Vertrauensvotum für die Reichsregierung einsetzte, blieben die Kurse stehen, und nach dem parlamentarischen Siege des Reichskanzlers durfte man eigentlich erwarten, daß die internationalen Börsen für unsere Verhältnisse ein freundlicheres Gesicht zeigen würden. Statt dessen nahm gerade von diesem Zeitpunkt an die Aufwärtsbewegung der fremden Devisen einen frischen Anlauf; gewiß nicht deshalb, weil bei uns zulande die große Koalition — von der manche Leute so viel erwarten, aber wohl nur, wenn wir sie haben werden — nicht zustande gekommen war; das sind Dinge, mit denen sich die Devisenmacher in Newyork und anderwärts kaum sonderlich beschweren. Wohl aber mag es auf sie Eindruck gemacht haben, daß die unversöhnliche Politik der Poincaré und Genossen mit der Zeit immer unverhüllter hervortritt, und daß der Widerstand gegen sie, den man von Lloyd George erwartete, sich nur in sehr mäßigen Grenzen bemerkbar machte. Dazu kam, daß die internationale Wirtschaftskonferenz von Genua, die man in Cannes mit Pauken und Trompeten angekündigt hatte, und von der die deutschen Erfüllungspolitiker ungleich mehr redeten, als für die deutschen Interessen gut war, immer mehr in ein wesenloses Nichts verschwimmen wollte, dank der Taktik der Franzosen, gegen die in den übrigen Hauptstädten Europas noch immer kein wirksames Kraut gewachsen ist. Daß die italienische Regierung, die Veranstalterin dieser neuen Völkerzusammenkunft, fast unmittelbar vor dem Termin für den Beginn der Konferenz gestürzt wurde, ist eine Tatsache, um die sich vielleicht nicht nur italienische Politiker verdient gemacht haben. Schon ist von einer Vertagung der Konferenz bis in den April die Rede; was nachher kommt, wird Poincaré sich gleichfalls bestens angelegen sein lassen. In London soll inzwischen das internationale Finanzkonsortium Leben gewinnen, das den berühmten Wiederaufbau der europäischen und insbesondere der russischen Wirtschaft ernsthaft in die Hand zu nehmen hat. Eine Schöpfung, die man sich, solange in den vorbereitenden Stadien von ihr die Rede war, ohne die Mitwirkung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskräfte nicht zu denken vermochte. Jetzt aber ist kein deutscher Vertreter beim Gründungsakt zugegen, und von der späteren Zuziehung dieses oder jenes deutschen Finanzmannes ist nur in sehr unbestimmten Ausdrücken die Rede. Die Frage des Zahlungsaufschubes für die Reparationsleistungen des Jahres 1922 ist, nachdem der Oberste Rat sich monatelang mit ihr abgemüht hat, schließlich erneut der Wiederherstellungskommission zur Entscheidung überwiesen worden — und was Deutschland von diesen Männern zu erwarten hat, das kann man sich nach allen Experimenten, die sie mit uns schon vorgenommen haben, ja ungefähr denken. Gründe genug, um eine sehr skeptische Auffassung unserer Lage an den fremden Börsenhandelsplätzen begreiflich zu machen.

An Gegenwirkungen von innen heraus, aus dem Deutschen Reiche selbst, fehlt es nahezu vollständig, wenigstens ist in keinem Punkt irgend eine treibende Kraft sichtbar, von der man sich eine irgendwie geartete Besserung unserer Zustände versprechen könnte. So werden die Dinge wohl wieder ihren verhängnisvollen Lauf nehmen, und alles Stöhnen und Schimpfen über sie wird daran nichts ändern können. Wir sind ein Spielball fremder Interessen, das hilflose Objekt gewinnsüchtiger Spekulanten geworden; und werden es bleiben, bis wir uns aus eigener Kraft aus dem Sumpf herausarbeiten werden, in den wir geraten sind.

Groener warnt vor neuem Streik.

Keine Schonung im Wiederholungsfalle.

In einer Sonderausgabe des Reichsverkehrsblatts nimmt der Reichsverkehrsminister zu der Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Eisenbahnerstreiks Stellung, wobei er darauf hinweist, daß der Reichstag in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der Regierung in der Streikfrage gebilligt hat. Der Reichskanzler hat bekanntlich erklärt, daß ein Streikrecht für den Beamten nicht bestehe und er hat die Arbeitsniederlegung eines Teils der Reichsbahnbeamten als eine „Revolte in der Beamtenschaft“ gebrandmarkt.

Danach müßte bei einer Wiederholung solcher Vorkommnisse gegen jeden die Arbeit verweigernden Beamten mit aller Schärfe eingeschritten werden. Die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen.

Die von der Reichsgewerkschaft verbreitete Darstellung, wonach die Reichsregierung die jüngst begangenen Verfehlungen nachträglich milder beurteilen soll als bisher, erklärt der Minister als irrig. Maßgebend für die Beurteilung sind allein die im Kabinett aufgestellten Richtlinien, für deren Einhaltung der Minister die volle Verantwortung übernehme.

Ein Zwischenfall in Gleiwitz.

Deutscher Polizeibeamter von Franzosen erschossen.

Noch ist die blutige Affäre von Petersdorf bei Gleiwitz, bei der es zu einem Kampf zwischen Zivilisten und französischen Soldaten kam, nicht beigelegt, noch ertönt aus Frankreich die Forderung nach Sanktionen für diese „unerhörte“ Herausforderung des sanften und geduldigen Frankreich und seiner lammherzigen Soldaten, da kommt die Meldung von einem neuen Zusammenstoß in Gleiwitz, der wieder eine sprechende Erklärung über die Urheberschaft der Unzuträglichkeiten in Oberschlesien erbringt.

Am 19. Febr. traten, wie halbamtlich mitgeteilt wird, aus einem Gasthause in Gleiwitz drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, anscheinend in angeheitertem Zustande auf die Straße. Die Franzosen riefen einer Gruppe von Zivilisten zu: Hände hoch! und im gleichen Augenblick feuerte der bewaffnete Franzose einen Schuß auf die Zivilisten ab, ohne jemand zu treffen. Der an der nächsten Straßenecke postierte diensthabende Polizeiwachtmeister Paul Rüsenberg trat auf die Gruppe zu und forderte die Leute in ruhigem Tone zum Weitergehen auf. Ohne ein Wort zu sagen, erhob der bewaffnete Franzose den Revolver gegen den Polizeibeamten und streckte ihn durch einen Kopfschuß nieder, worauf die Franzosen die Flucht ergriffen.

Herr Poincaré wird nun wahrscheinlich alsbald wieder eine flammende Entrüstungsrede gegen Deutschland in der Kammer halten und behaupten, das ganze Reich sei vollgestopft mit heimlichen Soldaten und Waffen, um bei Gelegenheit über das arme Frankreich herfallen zu können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Einstweilen keine Erhöhung der Personentarife.

Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt, daß keine Erhöhungen der Personentarife für einen nahen Zeitpunkt, insbesondere nicht für den 1. März, wie fälschlich verbreitet wurde, in Frage kommen. Wieweit etwa im Verlaufe des Frühjahrs bei fortschreitender Geldentwertung neue Maßnahmen erforderlich werden könnten, läßt sich nicht voraussehen. Zurzeit ist eine Vorlage für Tariferhöhungen nicht eingebracht und auch nicht beabsichtigt.

Ein Kartell des selbständigen Mittelstandes.

120 Verbände mit rund 170 000 Mitgliedern haben sich in ihrer wirtschaftlichen Not und Bedrängnis in Berlin zu einem „Kartell des selbständigen Mittelstandes“ unter Führung des Innungsausschusses zusammengeschlossen, um, wie aus den beteiligten Kreisen mitgeteilt wird, „gegen die ungeheuerliche Erdrosselung des Mittelstandes und gegen die Berliner Mißwirtschaft“ geschlossen vorzugehen. Das Kartell verlangt, daß der durch die Streiks entstandene Schaden sowohl in der Stadtgemeinde Berlin wie im ganzen Reiche nicht durch neue Steuern, erhöhte Abgaben oder durch Verteuerung der Verkehrs-, Kraft- und Beleuchtungsmittel usw. auf die Masse des erwerbstätigen Mittelstandes abgewälzt wird, sondern daß damit die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen selbst belastet werden, nötigenfalls im Wege des Hypothekarkredits, soweit nicht, wie beim Eisenbahnerstreik, die streikenden Beamten selbst zur Tragung des entstandenen Schadens verpflichtet sind.

Gesetzliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Regierung hat dem Reichstag den Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zugehen lassen. An solchen Krankheiten Leidende müssen sich nach dem Entwurf ärztlich behandeln lassen, Zwangsbehandlung und Zwangsheilverfahren sind zulässig. Wissentliche und fahrlässige Verbreitung der Krankheit oder Verheimlichung bei Eingehung einer Ehe sind straffällig, ebenso Übertragung beim Stillen der Kinder. Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren werden bei Nichtbeachtung der Vorschriften angedroht. Die Begründung des Gesetzes sagt, Aufklärungen und Warnungen hätten keine Abhilfe bei dem erschreckenden Überhandnehmen der Seuchen in Deutschland gebracht. Es sei notwendig, mit exemplarischen Strafen vorzugehen.

Die Erinnerungen des früheren Kronprinzen.

Nach einer Mitteilung des bekannten Verlagshauses Cotta läßt der frühere Kronprinz im Laufe des Frühjahrs seine „Lebenserinnerungen“ in deutscher, holländischer, englischer, französischer und spanischer Sprache erscheinen. Er verfucht in dieser Niederschrift seine Jugendentwicklung, die Krisenjahre der Vorkriegszeit, den Krieg und die Katastrophe bis zu den Vorgängen in Spa vom 9. November 1918 und der Flucht nach Holland zu schildern. Wie verlautet, soll besonders die Schilderung der Tage des Zusammenbruchs zum ersten Male eine erschöpfende Darstellung jener Vorgänge geben.

Portugal.

Eine neue revolutionäre Bewegung scheint in lebhaftem Gange zu sein. In einer amtlichen Note wird erklärt, der Ministerrat trete im Hauptquartier des befestigten Lagers von Lissabon zusammen, da die Regierung bedroht sei. Die Truppen und die Polizei liegen alarmbereit in den Kasernen. Die Straßenbahner stehen im Streik.

*

Danzig. Der Wilnaer Landtag hat mit 96 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen die Angliederung des Wilnaer Gebietes an die Republik Polen endgültig beschlossen.

London. Nach einer Meldung aus Kairo ist dort eine Proklamation erlassen worden, in der die Bevölkerung aufgefordert wird, sämtliche Waffen abzuliefern. Wer im Besitz von Waffen und Munition betroffen wird, verfällt der Todesstrafe.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat die von der Verteidigung eingelegte Revision im Prozeß Grupen, des Mädchenmörders von Schloß Kleppelsdorf, verworfen.

* Die französische Regierung hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie bei der italienischen Regierung eine Aufschiebung der Konferenz von Genua beantragt habe.

* Die englische Regierung setzte die französische Regierung davon in Kenntnis, daß sie mit der Überweisung der deutschen Reparationsvorschläge an die Reparationskommission einverstanden sei.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Häßler.

51] (Nachdruck verboten.)

„Ja, sehen Sie, Namen! Die behalte ich merkwürdig genau, von ganz weit zurück, das muß wohl die lange Übung am Schalter machen, aber Tatsachen, so kleine Ereignisse, die vergesse ich oft von heute auf morgen!“

Herbert merkte mit stiller Angst, daß der alte Fuchs da mit äußerster Vorsicht zu Werke ging und sich jetzt schon den Rückzug sicherte. Er mußte ihn also entweder mit langer diplomatischer Schlauheit umschleichen, oder ihn mit einem Griff beim Fell packen, daß er nicht mehr vor noch zurück konnte.

„Ich hatte gestern abend eine lange Unterredung mit dem Herrn Postdirektor!“ fuhr Herbert fort, „und der war so freundlich, mir zu sagen, ich möchte mich direkt mit Ihnen in Verbindung setzen und hat mir Ihre Adresse gegeben. Sie kennen doch jedenfalls noch diesen Postschein, das heißt, um mich präzise auszudrücken, Sie erkennen doch auf diesem Papier die Richtigkeit Ihrer Unterschrift an?“

Damit reichte er dem Alten die Quittung, die dieser mit merkwürdig fester Hand, ohne jede Spur von Erregung ergriff. Dann stand er auf, trat dicht ans Fenster und sagte, nachdem er sie betrachtet, sehr bestimmt:

„Jawohl, das ist meine Unterschrift, eins meiner wertvollen Autogramme!“ Und mit harmlosestem Lächeln gab er den Schein zurück.

„Nun also!“ sagte Herbert ebenso ruhig, „damit ist mir schon sehr gedient, denn ich weiß nun, daß Sie es waren, der vor einem Jahre am Schalter 2 Dienst hatte und ein Irrtum in der Person ist ausgeschlossen. Durch Ihre Hände sind nun damals Briefe eines verstorbenen Vetters von mir gegangen, sowie eine andere postlagernde Korrespondenz, die unbegreiflicherweise niemals in die Hände der Adressaten gelangt sind. Ich habe es mir nun zur Aufgabe gemacht, diese Briefe zu finden, oder ihren Verbleib festzustellen, denn es handelt sich in diesem Falle um eine Unterschlagung und um eine selten dreiste Verletzung des Briefgeheimnisses, wie Sie wohl selbst zugeben werden. Da es sich für mich darum handelt, mit Hilfe dieser Briefe das Andenken eines Toten zu reinigen, so bin ich entschlossen, alles daran zu setzen, um die Sache ans Licht zu ziehen!“

„Das finde ich sehr begreiflich, wenn die Dinge so liegen, wie Sie sagen!“ bestätigte der andere, der aufmerksam zugehört hatte, mit äußerster Ruhe. „Aber warum wenden Sie sich mit der Frage an mich, den unscheinbaren Subalternen außer Dienst? Weshalb gehen Sie nicht vor die rechte Schmiede, verehrter Herr? Der Herr Postdirektor dürfte über die Angelegenheit kaum etwas wissen, aber mein damaliger Chef ist doch jedenfalls orientiert.“

„Was hat der Chef der Post mit der Geschichte zu tun?“ fragte Herbert erstaunt, als er sah, wie der Sekretär sich auf die Lippe biß und mit der Hand übers Gesicht fuhr.

„Ich meine nur, verstehen Sie mich recht, wie kann ich darüber Auskunft geben, wenn meine Vorgesetzten nichts davon wissen?“

„Ich muß wiederholen, was geht das die Vorgesetzten an, welches Interesse könnte ein Postchef an einer rein privaten Korrespondenz zwischen zwei Verlobten haben? Ich verstehe das nicht?“

„So meine ich's ja auch gar nicht. Sie verirren sich ja da auf ein ganz falsches Vermutungsgebiet. Ich sage nur, daß Sie sich bei mir altem Mann an eine ganz unzweckmäßige Adresse wenden und will Ihnen den Rat geben, sich mit der ganzen rätselhaften Sache direkt an die Staatsanwaltschaft zu wenden.“

„Ein öffentliches Vorgehen möchte ich vermeiden,“ meinte Herbert, um der beteiligten Familie in der Stadt peinliche Aufregung zu ersparen. Ich möchte womöglich alles in der Stille ordnen, ohne lautes Geräusch. Deshalb kam ich zuerst zu Ihnen. Sagen Sie mir, bitte, nur eines — entsinnen Sie sich der Angelegenheit von damals?“

Ein Achselzucken war die Antwort.

Herbert fuhr nun dringlicher fort:

„Sie entsinnen sich wohl des Namens Altingen, und dieser Name war es, mit dem die Briefe adressiert waren. Ich habe Zeit, ich will Sie nicht drängen, lieber Herr Beamter, ich will hier im Orte bleiben, bis es Ihnen einfällt. Wenn Sie mir nur versprechen wollten, im Buche Ihrer Erinnerungen nachzublättern. Ihr Gedächtnis ein klein wenig anzustrengen. Es handelt sich um das ganze Glück zweier zertretener Menschenseelen, das jetzt von Ihnen und Ihrem Erinnerungsvermögen abhängt. Ich kann Ihnen heute, bevor ich nicht eine leise Hoffnung von Ihnen habe, nicht alles so erklären, aber wenn Sie mir menschenfreundlich ein kleines Stückchen entgegenkommen wollten, dann würde ich mit vollem Vertrauen mit Ihnen alles bereden und mir den klugen Rat des erfahrenen Alters erbitten.“

„Ja, mein lieber Herr Baron, ich möchte Ihnen ja so gerne helfen, das dürfen Sie mir glauben, sagte der Alte, und seine scharfe Stimme klang merkwürdig weich und freundlich dabei, „aber wie gesagt, ich entsinne mich eben der Sache gar nicht, obwohl ich das Bewußtsein habe, daß ich den Namen Altingen sehr oft und mit ganz besonderer Aufmerksamkeit gelesen haben muß. Ich habe mich immer für Handschriften interessiert, war immer gern so ein bißchen Graphologe, und glaube sogar, mich der Schriftzeichen zu entsinnen, aber du lieber Gott, Einbildung tut ja so viel, — bestimmt behaupten könnte man doch da gar nichts.“

Wie ein Blitz durchfuhr es Herbert. Der Alte da wußte mehr, als er zugeben wollte, wußte alles. Schnell entschlossen riß er seine Brieftasche heraus und legte Hildegards letzten Brief vor ihn hin, der ja auf dem Kuvert dieselbe Adresse wie damals trug und von derselben Hand geschrieben war.

„Kennen Sie die Handschrift vielleicht wieder, Herr Sekretär, wenn sie vor Ihnen liegt?“ fragte er und das ganze Beben der Erwartung zitterte im Ton der Worte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220301-11/fragment/page=2

Deutscher Reichstag.

(Aus der 174. Sitzung.)

Unter den kurzen Anfragen, mit denen die Sitzung eröffnet wurde, befand sich die des Abgeordneten Mittwoch (U.-Soz.), der sich nach dem Stande der einheitlichen Einschulung erkundigte. Ein Regierungsvertreter erwiderte, alle Länder hätten sich einverstanden erklärt, vom 1. April d. Js. an einen einheitlichen Beginn des Schuljahres zum Ostertermin eintreten zu lassen. Ferner sind zu erwähnen die Anfrage des Abg. Laverrenz (Deutschnat.), der sich nach den Entschädigung der von den Russen 1914 verschleppten Deutschen des Memellandes erkundigte, worauf ein Regierungsvertreter antwortete, eine Entschädigung könne nur Deutschen im Reichsgebiet gewährt werden, was in diesem Falle nicht mehr zutrifft, und die Anfrage des Abg. Dr. Deermann (Bayer. Vp.), der nach den Maßnahmen zur Befreiung der noch immer in Frankreich zurückgehaltenen 8½ Jahre alten Tochter des Arbeiters Hennang in Köln fragte. Darauf erfolgte die Antwort, die nötigen Schritte seien auf diplomatischem Wege eingeleitet.

Darauf kam man zur ersten Lesung eines fünften Nachtragsetats. Die Abg. Frau Ryneck (Soz.) verlangte

sozialere Gestaltung der Beamtenbesoldung.

Bei der letzten Neuordnung sei den Unterbeamten eine ganz geringfügige Zulage gewährt worden, während die höheren Beamten eine Zulage bis zu 25 000 Mark erhalten hätten. Die Rednerin brachte dann die hohen Zucker- und Kartoffelpreise zur Sprache und wandte sich gegen die freie Getreidewirtschaft, die völlig versagt habe. Die Erhöhung der Löhne stehe in keinem Verhältnis zu den Brotpreisen. Ganze Familien müßten bei der freien Wirtschaft den Brotverbrauch einschränken, weil sie das Brot nicht mehr bezahlen können.

Abg. Hertz (U.-Soz.) erklärte sich ebenfalls gegen die freie Wirtschaft. Die Landwirte hätten kein Verantwortlichkeitsgefühl, meinte er, das habe man noch immer bei den Steuergesetzen gesehen. Das Verhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung nötige die Regierung zu besonderen Maßnahmen.

Abg. Schiele (Deutschn.): In den scharfen Anarchien der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Regierung zeigt sich die ganze innere Unwahrhaftigkeit unseres parlamentarischen Systems. Man verwechselt die Ursache mit der Wirkung. Bei uns ist die Inflation im Gegensatz zur französischen Revolution nicht die Ursache, sondern die Wirkung gewesen. Die Ursache ist und bleibt der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz. Dieser stützt sich vor allem auf die Riesenforderungen des Auslandes, aber auch auf die Schwäche unserer inneren Wirtschaft. Hessen kann nur die Produktionssteigerung.

Abg. Hoellein (Komm.) griff zunächst die äußere Politik der Regierung an. Das Elend des Proletariats sei durch die Erfüllungspolitik des Herrn Dr. Wirth verschuldet. Die schlechte äußere Politik werde noch übertroffen durch die verbrecherische innere Politik. Er kritisierte dann ausdrücklich die Vorgänge beim Eisenbahnerstreik und das Verhalten des Reichsverkehrsministers.

Minister Dr. Hermes:

Was die Ablieferung des Umlagegetreides anlangt, so kann ich mitteilen, daß 2 205 000 Tonnen Getreide abgeliefert sind. Ich nehme Gelegenheit, zu bestätigen, daß es sich um eine große Leistung der Landwirtschaft handelt. In der freien Wirtschaft haben wir in manchen landwirtschaftlichen Produkten eine erhebliche Preissenkung erreicht. Wenn ich das Streben der Landwirtschaft nach freier Wirtschaft verstehe, so mißbillige ich doch die über das Ziel schießenden Ausführungen auf dem Reichslandbund, besonders des Abg. Lind, der die Reichsgetreidestelle als „verfluchte Judenbande" bezeichnete. Diese Beleidigung weise ich zurück und überlasse es der Öffentlichkeit, diese Äußerungen niedriger zu hängen.

Abg. Blum (Zentrum): Der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft ist nicht das Wort zu reden. Auch der frühere Reichskanzler und preußische Ernährungskommissar Michaelis hat der Zwangswirtschaft den Rücken gekehrt und tritt für freie Wirtschaft ein. Minister Hermes ist zweifellos der beste Diplomat im Kabinett, seine Ankündigung des Abbaues der Zwangswirtschaft hat der Bauer aber wohl nicht recht verstanden.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.

Darauf werden die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsmietengesetz (Gesetz zur Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues) vorgenommen. Die Vorlage wird im allgemeinen in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Volkswirtschaft.

Maßnahmen gegen die deutsche Industrie. Wie die Prager „Tribuna" meldet, beschäftigt sich die tschechische Regierung gegenwärtig im Einvernehmen mit den übrigen Ententeregierungen mit der Prüfung von Maßnahmen, durch die dem Eindringen der reichsdeutschen Industrie und des Handels auf tschechischen Boden entgegengetreten werden soll. Die deutsche Industrie bestätigt nach den Ausführungen der „Tribuna" derzeit eine außergewöhnliche Ausdehnungskraft und sucht neue Absatzgebiete.

Zollermäßigung in Spanien für Waren aus Deutschland. Der Ministerrat beschloß die Aufhebung der für die Einfuhr aus valutaschwachen Ländern, wie Deutschland usw., vorgesehenen Zuschlagtage vom 21. d. Mts. ab. Diese Bestimmung soll gelten für Waren, die aus den meistbegünstigten Ländern stammen, denen der Genuß des milderen Spezialtarifs zukommt.

Die wirtschaftliche Weltkrisis.

Das Urteil Loucheurs.

Der frühere französische Wiederaufbauminister Loucheur hielt in Lyon vor einer Vereinigung von Industriellen, Kaufleuten und Landwirten eine Rede über die wirtschaftliche Krisis. Er sagte, da Rubel, Mark und Krone ihre Kaufkraft verloren hätten, seien heute Rußland, Österreich und Deutschland mit ihren 200 Millionen Einwohnern

von der Wirtschaftskarte Europas gestrichen.

Das bedeute natürlich das Verschwinden des Gleichgewichts in der Handelsbilanz. Das Mittel gegen diese Krise sieht Loucheur in der annähernden Gleichheit der Produktions- und der Konsumtionsziffern. In England habe man brutal die Produktion herabsetzen wollen; dadurch habe man 2 Millionen Arbeitslose geschaffen und den nationalen Reichtum herabgemindert. Man könne keine zu plötzliche Rückkehr zu der Vorkriegszeit wünschen. Loucheur sprach alsdann von der Reparationsfrage. Deutschland, das kein Geld habe, könne nur dann bezahlen, wenn es die Produkte seiner Industrie ausführen könne. Deshalb habe er geglaubt, daß Deutschland Rohmaterialien und fabrizierte Produkte liefern könne, um am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Er danke den Amerikanern, daß sie gekommen seien, um den Krieg mitzumachen, aber etwas weniger danke er ihnen für den Frieden, den sie Europa beschert hätten. Frankreich könne nicht bankrott machen. Die Lösung der finanziellen Schwierigkeiten in Frankreich sieht Loucheur in der Herabminderung des Zinsfußes; der Diskont müsse auf 3 Prozent herabgesetzt werden. Vom Jahre 1931 ab müsse alsdann auch der Zinsfuß der französischen Rente herabgesetzt werden. — Wenn man in Frankreich statt des ewigen Geschreis nach deutschen Zahlungen tatsächlich anfangen wollte, auch selbst auf Mittel zu sinnen, wie man zur Lösung der Krisis beitragen kann, so würde das vielleicht Aussichten auf eine Verständigung eröffnen.

Von Nah und fern.

Die jüngste deutsche Großstadt. Die Stadt Buer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich überraschend schnell zur Großstadt entwickelt. Dem 100 000. Einwohner der Stadt, dem elfjährigen Kinde des Bergmanns Lamche, wurde von der Stadtverwaltung ein Sparkassenbuch über 5000 Mark geschenkt. Buer hat auf dem Gebiete der Arbeitersiedlungen Hervorragendes geleistet.

Tod eines Studentenliederdichters. In Bonn, seinem langjährigen Ruhesitze, verschied infolge eines Schlaganfalls Professor Dr. Otto Kamp im Alter von 72 Jahren. Kamp wird in den Kreisen der Studenten nicht vergessen werden, denn er ist der Dichter der berühmten „Filia hospitalis" (Der Studentenwirtin Töchterlein) und anderer Studentenlieder. Außerdem schrieb er mehrere Festspiele und Lustspiele.

Von einem Steinadler angefallen. In Holzhausen bei Minden (Westfalen) wurde dieser Tage der Steinbruchbesitzer Dockhorn von einem plötzlich herabstoßenden Steinadler angegriffen. Er brachte den Raubvogel, der eine Flügelspannweite von 2,20 Metern hat, durch Schläge mit einem dicken Knüppel zur Strecke.

Entfernung französischer Straßenschilder. Die Franzosen entfernen in Wiesbaden die seit Beginn der Besetzung der Stadt angebrachten französischen Straßenschilder. Das läßt darauf schließen, daß man die Hoffnung, die Rheinlande französieren zu können, endgültig begraben hat.

Der rasende Elefant. Der Zirkusdirektor Stosch-Sarasani wurde in Dresden bei der Dressurarbeit in seinem Zirkus von einem Elefanten angegriffen und mit dem Rüssel bearbeitet. Sarasani erlitt schwere Gliederverletzungen sowie Fleischwunden und mußte in eine Klinik übergeführt werden. Es gelang nur mit Mühe, das wütende Tier von seinem Opfer abzubringen.

Spenden des Papstes. Papst Pius XI. hat außer dem Kardinal Bertram auch den beiden andern Kardinälen Deutschlands und den Kardinälen der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie je 200 000 Lire für Notleidende ausgehändigt.

Der Tod in den Bergen. Auf dem Rayberg sind drei Wiener Touristen verunglückt. Der Führer der Tour hatte die drei Touristen gewarnt und ihnen den Rat erteilt, wegen des herrschenden Sturmwindes umzukehren. Sie ließen sich jedoch nicht abhalten und fanden dann den Tod.

Professorenstreik. Nach einer Helsingforser Meldung sind die Professoren der Moskauer Universität in den Streik getreten, weil sie schon seit mehreren Monaten kein Gehalt bekommen haben. Die Studentenschaft habe den Sympathiestreik erklärt.

•

Stettin. In Stettin liegt seit Wochen ladebereit und nur durch die starke Eisbildung an der Abfahrt verhindert ein neuer großer Transport des Auslandskomitees für die Hungernden in Rußland. Der Transport besteht u. a. aus 540 000 Kilogramm Roggenmehl, 75 000 Kilogramm Roggengetreide, 15 000 Kilogramm Weizenmehl, 800 Fässern holländische Margarine, 12 000 Kilogramm Speck, 10 000 Kilogramm Salz, 50 000 Kilogramm Obst, 20 000 Kilogramm Kakao, 10 000 Kilogramm Maggisuppen und einer großen Ladung — gegen 300 Kisten — Kleider und Schuhe.

Sofia. Eine besondere Kommission ist beauftragt worden, die deutschen Soldatengräber in Bulgarien festzustellen.

Gerichtshalle.

Der Raubmord an der Generalin v. Conring. Vor dem Hamburger Schwurgericht begann der auf mehrere Tage berechnete Prozeß wegen des räuberischen Überfalls auf die Generalswitwe v. Conring. Unter den neun Angeklagten befindet sich der Sohn des Hamburger Senators Krause, der in das Komplott gegen die Generalin eingeweiht war, aber nur eine nebensächliche Rolle spielte. Der Handlungsgehilfe Lecke und der „Berliner Adolf", ein Kutscher Templin, waren die Haupttäter. Lecke lockte die Generalin auf einen einsamen Weg an der Außenalster. Hier wurde die 61jährige Dame überfallen, mit Chloroform betäubt und so gewürgt, daß sie auf dem Transport nach dem Krankenhause starb. Lecke wurde zum Schein ebenfalls überfallen und betäubt. Die geraubten Schmucksachen wurden für 7000 Mark verkauft. Die Angeklagten sind mehr oder weniger geständig.

Gefängnisstrafe für einen Arzt. Nach fünftägiger Verhandlung verurteilte das Münchener Schwurgericht den praktischen Arzt Dr. Otto Mayr wegen Beihilfe zur Abtreibung zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem Jahr und einem Monat Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Gefängnis beantragt.

Für heut und morgen.

Widerstände. Man könnte schier verzweifeln! Immer neue Schwierigkeiten türmen sich vor uns auf, und wenn das müde, werktätige Volk, auf der Wanderung durch die Wüste seiner Leiden, einen Schritt vorwärts getan zu haben glaubt, dann sorgen irgendwelche Teile eben dieses Volkes dafür, daß wir immer und immer wieder zurückgeworfen werden. Und dennoch! Jeder erwachsene Mensch hat schon die Erfahrung gemacht, daß ihm Enttäuschungen, die ihn anfänglich sehr niederdrückten, zum Segen ausgefallen sind. Wie er dies nennt, ob Glück oder Fügung, ist Sache inneren Empfindens und soll hier nicht erörtert werden. So viel steht aber fest, daß die nichterfüllten Wünsche, die Hindernisse, die Widerstände eine sehr wichtige, vielleicht die ausschlaggebende Rolle in unserem Schicksal spielen, und zwar durchaus in gutem Sinne. Nicht den erfüllten Jugendträumen danken wir unsere Fähigkeiten, uns im Leben zu behaupten, sondern den Enttäuschungen, die uns Inhalt und Wert, unserem Empfinden Tiefe geben. Wer sehen will, muß erkennen, daß ein Gesetz waltet, dem sich der Entwicklungsgang sowohl der Einzelpersonen als auch der Völker regelt. Wir werden erzogen mit Strenge und durch Schmerzen. Wie die Pflanze erhalten wir Sonne zur Entfaltung, Schatten und Regen zum kräftigen Gedeihen, und Sturm, damit wir starke Wurzeln treiben. Aber wir haben vor der Pflanze unsere Vernunft voraus. Für jene ist der Gärtner verantwortlich, während wir die Verantwortung selbst tragen müssen. Was aus der Art schlägt und nicht Wurzel fassen kann, was Widerstände nicht zu überwinden vermag, geht zugrunde. Es gibt viele Arten und Sorten, aber jede Pflanze soll nach ihrer Weise vollkommen sein. Auch das Unkraut ist nicht wertlos, manches bringt endlich doch noch eine schöne Blüte, anderes wird verbrannt und verbessert den Boden. Der Sturm kräftigt die Wurzeln, und steiniges Erdreich und rauhes Klima machen die Pflanze hart. Widerstände sind es, die unsere Eigenschaften verbessern und uns stark machen, das Glück zu gewinnen.

Der Mann mit der Maske.

Roman von Walter Schmidt-Häßler.

52] (Nachdruck verboten.)

Langsam glitt der Blick des andern über das Kuvert, dann ergriff er es und blickte lange darauf. Dann nickte er leise und sagte: „Jawohl, jetzt erkenn' ich's ganz deutlich sogar, wie bekannt mir Schrift und Name sind, aber wie und wo es gewesen ist, welche näheren Umstände mit dieser Erinnerung zusammenhängen, dessen erinnere ich mich heim besten Willen nicht mehr — ganz und gar nicht!"

Mühsam zwang sich Herbert zur Ruhe. Er fühlte nur zu deutlich, daß der Alte log.

„Nun, dann hilft's eben nichts," sagte er dann ruhig und erhob sich. „Dann müssen die beiden armen Menschen daran zugrunde gehen, weil ein Unberufener mit frivolen Händen in ihr Glück gegriffen, und an ihren heiligsten Geheimnissen einen schamlosen Diebstahl begangen hat. Was würden Sie tun, alter Herr, wenn ein Fremder nachts in Ihr sorgsam gehütetes Gärtchen käme und die ganze Herrlichkeit da schonungslos unter die Füße träte?"

Busse wandte sich einen Moment ab und schaute zum Fenster nach seinen Blumen, und diesen Moment benützte Herbert, um in aller Geschwindigkeit einen Fünfzigmarkschein, der sich in seiner Brusttasche in einem besonderen Kuvert befand, auf den Tisch zu legen, und die Zeitung, die dort lag, darüber hinwegzuschieben. Dann ging er auf die Tür zu.

„Leben Sie wohl. — bis morgen, Herr Sekretär," sagte er und reichte dem anderen die Hand hin, „und lassen Sie nicht böse, daß ich so zähe bin und Ihre Ruhe störe. Ich komme morgen gegen Abend noch einmal wieder. Vielleicht denken Sie der Gerechtigkeit zuliebe einmal nach, ob's Ihnen nicht doch vielleicht einfällt. Sie retten damit zwei jungen Menschenkindern das Leben. Denken Sie, es wären ein Paar Rosenstöcke, die am vertrocknen sind, und denen nur Sie mit ein paar Tropfen Wasser aufhelfen können. Auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen, Herr Baron," antwortete Busse, und lüftete sein Käppchen, während er die Gartenpforte öffnete. „Wie gesagt, es tut mir leid um Ihren verstorbenen Verwandten und um die beiden andern, aber — es geht eben nicht. Mein alter Kopf gibt's nicht mehr her."

Herbert grüßte und ging. Nachdem er vielleicht zehn Schritte getan, hörte er den Alten seinen Namen rufen. Erstaunt wandte er sich um und sah ihn vor dem Garten auf der Straße stehen und winken. Natürlich kehrte er zurück und der alte Mann kam ihm einige Schritte entgegen.

„Herr von Altingen," sagte er etwas zögernd und seine Stimme klang unsicherer als sonst, ich möchte Sie gern noch etwas fragen, bevor Sie gehen."

„Und was wäre das, Herr Sekretär?"

„Waren die Briefe, die Sie vermissen, wirklich an Sie geschrieben und für Sie bestimmt? Ich meine, sind Sie der Adressat der Briefe, die mit dieser Handschrift geschrieben waren, die Sie mir vorhin zeigten?"

Erstaunt blickte Herbert den Sprecher an und erwiderte: „Selbstverständlich! Haben Sie irgend etwas anderes vermutet?"

„Nein, nein, bewahre! Es fiel mir eben so ein. Und Sie können mir darauf Ihr Ehrenwort geben, Herr Baron, Ihr Ehrenwort als Kavalier?"

„Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort."

Lange, wohl zehn Minuten lang, sah der Alte ihm fest in die Augen mit einem ganz seltsamen Ausdruck, der fast in seinem Ernst etwas Komisches hatte. Dann wiegte er langsam den grauen Kopf und sagte: „Noch eine Frage gestatten Sie mir! Haben Sie niemals in Leipzig in der Herkortstraße gewohnt?"

„Niemals! Auch darauf gebe ich Ihnen mein Wort."

„Es ist gut, Herr von Altingen. Ich danke Ihnen."

„Wofür?"

„Egal. Ich danke Ihnen! Und morgen, bitte, gegen Abend kommen Sie wieder. Ich werde inzwischen nachdenken, das verspreche ich Ihnen."

Mit einer gewissen Feierlichkeit schüttelte er ihm die Hand und Herbert ging. Der andere schaute ihm nach. Dann drehte sich Herbert noch einmal um und rief, während er mit der Hand zurückwinkte: „Also morgen abend!"

„Um 8 Uhr, Herr Baron", klang es ihm nach, „ich erwarte Sie."

Damit verschwand er hinter seinen Rosen und Bohnenstangen, während Herbert in heftiger Erregung der Stadt zueilte.

Still und menschenleer lag nun wieder die Dorfstraße im Glanze der Julisonne, die heiß und sengend herabglühte, als wolle sie schnell die letzten Spuren der strömenden Regengüsse verwischen. Ein Trupp Gänse wanderte schnatternd über den Weg. Um die Häuser und Scheunengiebel strichen pfeilschnell die Schwalben. Aus dem dichten Gebüsch, das neben dem kleinen Häuschen des alten Sonderlings an der Mauer wucherte, löste sich langsam eine menschliche Gestalt. Breit und scharf fiel der Schatten quer über den Weg, als die Axte sich knackend teilten und der schlanke junge Mann vorsichtig aus dem Versteck heraustrat und nach allen Seiten Umschau hielt. Rosenselig!

Niemand konnte ihn gesehen haben. Und niemand sah ihn, als er schnellen Schrittes denselben Weg ging, den Herbert eingeschlagen hatte.

„Morgen um 8 Uhr", zischelte es leise, ganz leise, aber unablässig ihm ins Ohr. Und seine Hände bohrten sich in die Taschen seines Rockes, seine Blicke hafteten am Boden in furchtbarem Ernst, während er mechanisch wie ein Automat vorwärts schritt.

An der Brücke blieb er stehen. Die wogenden Kornfelder hinter ihm, zwischen denen der schmale Fußweg zum Dorfe führte, und das dichte Weidengesträpp verbargen die Brücke nach dem Dorfe zu vollständig. Am Derrendorfer Ufer zog das Gebüsch sich weiter den Fluß entlang, so weit das Auge reichte. Er ging weiter über die feingesägten Eichenbohlen und blieb in der Mitte wieder stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220301-11/fragment/page=3

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer **Hochzeitsfeier**, sowie dem Gesang-Verein „Eintracht" für das dargebrachte Ständchen sagen wir unsern **herzlichsten Dank.**

Richard Herdam u. Frau
Emma geb. Böhme.

Schützen-Gesellschaft

Unser erstes

Winter-Vergnügen

bestehend aus :: **Theater und Ball** :: **findet am Sonntag den 5. März abends 7½ Uhr** in Stadt Hannover statt, wozu die Mitglieder freundlichst einladen.

DER VORSTAND.

Arbeiter

Radfahrer-Verein „Frisch auf"

Elbingerode.

Freitag, den 3. März abends 8 Uhr findet im Vereinslokal „Stadt Hannover" unsere

Monats-Versammlung

statt.

Wegen der wichtiger Tagesordnung ist Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Elbingeröder

Konsum-Verein

e. G. m. b. H.

zu Elbingerode.

Vermögens-Bilanz

für die Zeit vom 30. Juni bis 31. Dezember 1921.

Aktiva.

	Mark
Kassenbestand-Konto	1 428,93
Spar- und Darlehnskasse-Konto	120 283,—
Geschäftsanteil bei ders.	100,—
Kautions-Konto	4 000,—
Utensilien-Konto	14,—
Immobilien-Konto	200,—
Effekten-Konto	1 151,—
Fernsprech-Konto	1 000,—
Waren-Konto	90 900,—
	219 076,93

Passiva.

	Mark
Dispositionsfonds-Kto.	4 000,—
Kautions-Konto	4 000,—
Mitgliedergutshaben-Kto	9 282,44
Spareinlagen-Konto	5 962,25
Steuer-Konto	11 853,85
Reservefonds-Konto	18 097,95
Umsatzsteuer-Konto	23 000,—
Bäckerei-Konto	36 725,78
Tantieme-Konto	4 246,20
Gewinn- und Verlust-Konto	101 908,46
	219 076,93

Vorstehende Bilanz ist von den dazu ernannten Revisoren, Herren Fritz Sporamann und H. Bremer am 15. Februar 1922 geprüft und mit den Büchern des Vereins in Uebereinstimmung befunden worden.

Mitgliederbestand am 1. 6. 21	645
Zugang bis 31. 12. 21.	19
	664
Abgang	4
Mitgliederbestand Ende 1921	660

Der Verein arbeitet mit beschränkter Hostpflicht und zwar mit einer Haftsumme von 30 Mark für jedes Mitglied, es ergibt sich sonach eine Gesamthaftsumme auf 660 Mitglieder Mk. 19800 gegen Schluß Juni mehr 450 Mk.

Die Mitgliederguthaben haben sich vermehrt Mk. 594,50.

K. Spengler. K. Holland.
H. Schneemilch.

Männer-

Turnverein

Sonnabend, den 4. März nach dem Turnen

Monats-Versammlung

Da wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen

Morgen Donnerstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus zum Harzfreund unsere

Monats-Versammlung

statt.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vorstand.

Bringe mein reichhaltiges Lager in selbstgearbeiteter

Möbel

in empfehlende Erinnerung

Karl Anger.

Aus einem Nachlaß sind einige

Kleidungsstücke

wie:

Mantel, Kleid, Blusen eine Granatbrosche usw billig abzugeben. Wo? sagt die Geschäftsstelle.

Kaufe 100 Zentner

Heu

auch von Auswärts und bitte um angebot.

H. Weferling.

Gute

Tannenzapfen

nimmt dauernd **gegen sofortige Zahlung** an

Friedrich Fessel.

Jede Menge frischgepflückter

Tannäpfel

kauft

Chr. Heyder
Wilhelmstr.

Sofort gesucht

Grundbesitz auch Geschäft Stadt od. Land. Angeb. v. Besitz. ab. **T. W. Barenthin**, Hamburg 23, Bahnstr. 9.

!Sommersprossen!

Ein einfaches wunderbares Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit

Frau M. Poloni,
Hannover, L 249 Schießfach 106

Bekanntmachung.

Auf Grund des Ausschußbeschlusses vom 17. Dezember 1921 und des genehmigten Satzungsnachtrages werden die Krankenkassenbeiträge ab Montag den 27. Februar 1922 auf siebeneinhalb % erhöht.

Die Beiträge für die einzelnen Lohnklassen betragen demnach pro Woche:

in Klasse:	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Mark	1,80	3,60	5,40	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40
in Klasse:	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	
Mark	16,20	18,00	20,34	22,50	27,00	31,50	36,00	

Von diesen Sätzen trägt eindrittel der Arbeitgeber, zweidrittel der Versicherte.

Allgemeine Orts- und Landkrankenkasse für den Kreis Ilfeld in Wiegersdorf.

Nickel. Kaufmann.

Einige

Pulverarbeiter

stellt ein:

J. F. Eisfeld,
Pulver- und pyrotechn. Fabriken, Silberhütte Anhalt.

(Unentgeltliche Schlafgelegenheit ist vorhanden.)

Sauberes ordentliches

Mädchen

bei hohem Lohn gesucht

Dingelstedt.
Wernigerode
Ottostraße 3 I.

Zahlungsf. Flüchtling sucht **Gast- od. Pensionshaus** oder auch zurzeitiges **Geschäft mit Grundstück** (Agenten verb.). **Tostmann,** Dresden, Altergasse 32

?Wer verkauft?

mit und ohne Geschäft, Fabriken, Grundstücke aller Art in Sach. u. Prov. gesucht. Schriftl. Angebote erbeten an

C. H. Hülsse & Go.
Hannover

Extra kräftige

Hand-Leiterwagen

empfiehlt

Ernst Lüders Nachf.

Lumpen

(Kilo 1.00 Mk. frei Haus)

Knochen altes Eisen Papier Wollabfälle

auft ständig zu höchsten Tagespreisen

Fr. Berger jun.
Wilhelm- Ecke Pfarrstr

Jeden Posten leere

Weinflaschen

u. ⅕-Literflaschen kauft

H. Edert.

Steinbruch-Verpachtung.

Die für den **27. März** von der **Oberförsterei Elend** angesagte **Steinbruchverpachtung** findet schon am **Montag, den 6. März** statt.

Alle Reparaturen

an Uhren-, Gold- und Silberwaren werden ausgeführt bei

F. Bunge.
Untere Schulstraße 141.

Fay's echte Sodener Mineralpastillen

vorrätig bei

Ernst Lüder's Nachf.

Zahnpraxis

G. E. Schurig, Elbinger.
Untere Schulstraße

Plattenloser Zahnersatz, der Brückenzahnersatz, das beste was die Technik bietet.

Kronen, Stiftzähne, Plomben,

(Zahnziehen schmerzlos)

durch rechtzeitigen Einkauf von Materialien ist es mir noch immer möglich die Oktoberpreise zu halten.

Behandlung von Kassenmitglieder.

Rum, Cognac, Branntwein

gute Qualitäten zu billigen Preisen wieder in großen Mengen vorrätig

H. Edert.

Für

Strumpfabfälle

zahle ich in der nächsten Woche **p. Pfund 5 Mk.** und bitte ich mir dieselben abzuliefern damit ich dafür wieder neue Stoffe die daraus gefertigt werden, eintauschen kann.

Adolf Zander.

Kleiderstoffe für die Konfirmation, in schwarz und farbig neu eingetroffen.

Kontirmanden-Anzüge

sind wieder neu eingetroffen

Adolf Zander.

Neue Kostümröcke

empfiehlt in großer Auswahl

Walter Hüther.

Konfirmationsanzüge

Prima Stoffe — Gute Verarbeitung

empfiehlt

Walter Hüther.

Prima Dauerwäsche

— mit Leineneinlage —

ist wieder in allen Grössen und Formen eingetroffen.

Walter Hüther.

Auf der Höhe

in der

Spezial-Separator

mit selbstdauciercnder Trommel.

Schärfste Entrahmung. Höchste Leistungsfähigkeit. Leichte und bequeme Reinigung. Leichtester Gang. Dauerhafte Bauart. Lange Lebensdauer

sind die Vorzüge der Milchschleudern. Der außerordentlich einfache Trommeleinsatz bringt

mehr Butter und bessere Butter

Ueber **300** Stück hier und in den Nachbarorten zur vollsten Zufriedenheit der Besitzer im Betriebe. In verschiedene Größen zu haben bei

Oel und Ersatzteile sowie Reparaturen preiswert und gut.

H. Rensch.

Ein hervorragendes Fachblatt seiner Art ist die illustr. Jagdwochenschrift **St. Hubertus** Cöthen (Anhalt).

Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großart. Bilderschmuck. Wertvolle Kunstbeilagen.

« « **Wirkungsvolles Anzeigenblatt.** » »

Bezugspreis 19.50 Mark für das Vierteljahr. — Jede Postanstalt u. Buchhandlung nimmt Bestellung entgegen. — **Probenummern** vollständig kostenlos bitten zu verlangen von dem

Verlag des „St. Hubertus"
(Paul Schettler's Erben Gesellsch. m. b. H.)
Cöthen (Anhalt).

Leinen- und Baumwollwaren

sehr preiswert

Walter Hüther

Frauen

gebrauchen bei Menstruationsstörungen mein altbewährtes Spezialmittel.

Sicherer Erfolg

garantiert unschädlich. Wenden Sie sich vertrauensvoll an

Frau E. Wollenweber, Harburg-Elbe 380
Niemannstr. 31.

Sorgenfrei

nehmen Frauen bei Beschwerden mein hygienisches Mittel Sanrel und gegen starke Tropfen garantiert unschädlich ohne Berufsstörung.

W. Gurski, Berlin Charlottenburg 2/42 u. Grolmanstr. 37.

Frauen erwacht

und lasst Euch nicht irreführen durch teure, nutzlose Präparate, sondern — wenn Euch die —

monatl. Regel

stockt oder ganz ausbleibt, seid ohne Sorge, ich befreie Euch und rette Eure Gesundheit.

1000de Erfolge.

Keine Angst.

Nur ich allein

bringe Euch Hilfe und neuen Lebensmut, vielfach schon in einigen Stunden oder am nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsstörung, unschädlich, reelle Garantie für jeden Fall, ohne weitere Unkosten. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagen. Diskreter Versand!

Fr. Mertens, Dortmund, Schwanenwall 31, I. Etg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220301-11/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von D. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.—, durch die Post bezogen Mark 7.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 17 — Mittwoch, den 1. März 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Kreis Ilfeld

Bekanntmachung.

Am **Freitag, den 3. März 1922 nachmittags 1/2 2—1/4 4 Uhr** findet im Amtsgebäude in Elbingerode

Sprechtag

statt.

Ilfeld, den 27. Februar 1922

Der Landrat: Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Für den Monat März wird die **Mehlmarke 5** mit 1 Pfund Weizenmehl zum Preise von 4,50 Mark beliefert.

Die Marken haben nur im Monat März Gültigkeit und müssen bis **zum 5. April d. Js.** bei der Kreiswirtschaftsstelle von den Bäckereien eingeliefert sein.

Ilfeld, den 23. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung

Am 13. März d. Js., vormittags 9 1/2 Uhr, findet ein Kreistag im hiesigen Amtsgebäude statt.

Ilfeld, den 22. Februar 1922.

Der Landrat. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung für die Gemeindebehörden, betreffend Aufstellung der Gemeinde-Voranschläge für das Rechnungsjahr 1922.

Den Gemeindebehörden werden in den nächsten Tagen 2 Formulare für die Gemeinde-Voranschläge mit dem Ersuchen übersandt, das Erforderliche wegen der Aufstellung der Voranschläge in die Wege zu leiten. Ein Stück des Voranschlages ist für die Gemeindekasse bestimmt, während das andere demnächst mit einer beglaubigten Abschrift des Beschlußprotokolles der Gemeindevertretung über die Belastung der Grundsteuern hier einzureichen ist.

Die für den Kreis und die Provinz etc. in Frage kommenden Beträge an Kreis- und Provinzialabgaben sind schätzungsweise in dem Voranschlage unter Titel IV bisgleich einzusetzen worden.

Besonders mache ich die Gemeindebehörden darauf aufmerksam, daß unter Titel V bis für das Volksschulwesen in Betracht kommenden Beträge (—vor allem die Beiträge für die Landesschulkasse—) in der erforderlichen Höhe in Ausgabe gestellt werden müssen

Wegen der Fehlbeträge für das Rechnungsjahr 1921 wird eine Nacherhebung wohl für alle Gemeinden erforderlich sein. Es wird hinsichtlich der für den Kreis und die Provinz in Betracht kommenden Beträge demnächst besondere Anweisung ergehen.

In der im Monat März stattfindenden Gemeindevorsteherversammlung wird zu Vorstehendem noch eine mündliche Erläuterung erfolgen. Zweckmäßig wird es sein, wenn die Gemeindebehörden sich schon vorher mit der Sache vertraut machen, d. h. eine Berechnung aufstellen, welcher Betrag durch Steuern aufzustellen werden muß.

Zuletzt mache ich darauf aufmerksam, daß gemäß § 54 Abs 3 des Gesetzes vom 8. August d. Js. (Ges. S. Seite 495) vor der Festsetzung des Umlage-Beschlusses die örtlichen Vertretungen der hierzu betreffenden Steuerpflichtigen zu hören sind (z. B. bei den Gewerbetreibenden vorzugsweise dem Handwerkerbunde, den Gemeinden namhaft gemachter Vertreter!) Diese Vorschrift ist von der Gemeindebehörde sorgfältig zu beachten.

Ilfeld, den 22. Februar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Quadt.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle Bestellungen auf Materiallieferungen, Arbeitsleistungen, Reparaturen usw. für den Maschrat in Zukunft von uns auf Grund unterschriebener Bestellzettel getätigt werden. In Notfällen werden Bestellscheine nachgeliefert.

Eingereichte Rechnungen, die auf Bestellungen nach dem 1. März d. Js. hereingelangen, werden nur honoriert, sofern der Rechnung auch der Bestellzettel angeführt ist.

Wir bitten, von Kenntnis nehmen.

[illegible]

März 1922.

[illegible] einer Bewer und das Berlin amtlich 228 27

[illegible] ministerium ver- [illegible] den des Führungs- [illegible] Beisung freier, frei- [illegible] finden. Gemeindever- [illegible] mtlichen Rechts in [illegible] Zweifel darüber, [illegible] figter dem preußischen [illegible] die Bestimmungen [illegible] soweit die Vorschriften [illegible] hindern wird ohne [illegible] Schwerbeschädigten [illegible] Frist Schwerbe- [illegible] beamte aus den Grenz- [illegible] für die Körperschaften [illegible] Frist sofort ein Schwer- [illegible] hl derselben (2 v. H.) [illegible] amt für Beamte aus den Grenzgebieten schon zur Anmeldung gelangt, so muß die Körperschaft die Anmeldung unter Angabe der Gründe zurücksehen. Das Unterbringungsgesetz für Beamte aus den Grenzgebieten gibt keine Handhabe, die Körperschaften bei der freien Bewerbung zur Vorzugsweisen Berücksichtigung der schwerbeschädigten Fürsorgeberechtigten zu veranlassen. Bei entstehenden Streitigkeiten entscheidet das Fürsorgeamt. Wir bemerken hierzu, daß die vorstehenden Grundsätze eine weitgehende Bevorzugung der Schwerkriegsbeschädigten bei Einstellungen oder Bewerbungen um amtliche Stellen bedeuten und hoffen, daß auf Grund des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. 4. 1920 mehr als bisher Schwerkriegsbeschädigte beworben, bei Behörden pp. angestellt werden, sofern sie sich sonst körperlich wie ihren Leistungen nach dazu eignen. Iyl.

— Wiederaufnahme des Verfahrens bei Teilrenten von 10 v. H. Das Reichsversorgungsgericht hat in der grundsätzlichen Entscheidung vom 6. 10. 1921 folgenden Grundsatz aufgestellt: „Für die Zeit nach dem 31. 3. 1920 können wegen der Folge einer Dienstbeschädigung nur auf Grund des RVG. vom 12. 5. 1920 Versorgungsgebührnisse festgestellt werden, soweit nicht besondere Ausnahmevorschriften bestehen (zu bzl. vor allem die §§ 95, 99 und 100 RVG.)." Diese Entscheidung ist in der Sammlung „Entscheidungen des Reichsversorgungsgerichts" Band II Seite 96 veröffentlicht. Infolgedessen ist in Fällen, in denen mit Wirkung von einem nach dem 31. 3. 1920 liegenden Zeitpunkte ab eine Teilrente von 10 v. H. der Vollrente auf Grund des R. V. G. festgesetzt ist, gemäß § 66 Abs. 1 Nr. 12 des **Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen** vom 10. 1. 22 (RGBl. 1922 Nr.: 120) die Wiederaufnahme des Verfahrens nach Maßgabe der §§ 66 bis 70 u. a. O. zulässig. Sie ist in allen Fällen sofort in die Wege zu leiten. Die Wiederaufnahme erfolgt, wenn gegen den Bewilligungsbescheid Berufung nicht eingelegt worden oder zwar eingelegt, aber ein Urteil noch nicht ergangen ist, von Amts wegen durch Zustellung eines Bescheides; in diesem ist die Wiederaufnahme und die Ablehnung der Rente zu begründen und auf die Zulässigkeit der Berufung hinzuweisen. Falls ein Berufungsverfahren schwebt, ist gleichzeitig die erfolgte Wiederaufnahme dem Gericht mitzuteilen. Ist die Rente von 10 v. H. vom Versorgungsgericht zugesprochen oder über den Beschluß, der eine Teilrente von 10 v. H. bewilligte, ein Urteil im Berufungsverfahren ergangen, so ist die Wiederaufnahme beim Versorgungsgericht zu beantragen, und zwar auch dann, wenn gemäß Ziffer III des Erlasses vom 17. 6. 1921 (RGBl. 1021 S. 395 Nr. 751) Revision eingelegt ist. Um Verjährung der Frist von einem Monat (§ 68), die frühestens mit dem Zukrafttreten des Verfahrensgesetzes beginnt, unter allen Umständen zu vermeiden, ersuche ich, Vorsorge zu treffen, daß in allen Fällen der Wiederaufnahmeantrag vor dem 1. 3. 1922 beim Versorgungsgericht eingeht oder, sowett die Wiederaufnahme von Amts wegen durch Zustellung eines Bescheides zu erfolgen hat und dieser nicht sofort erlassen werden kann, vor diesem Zeitpunkt dem Beschädigten mitgeteilt wird, daß eine neue Prüfung zwecks Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet ist (§ 68 Abs. 1). Ist die 10 prozentige Rente nach Nr. 15 b der Ausführung des RVG. (RGBl. 1921 Nr. 388 S. 191) bereits entzogen, so hat es dabei sein Bewenden. Sollte, wenn über die Entziehung z. Zt. ein Berufungsverfahren schwebt, vom Versorgungsgericht die 10 prozentige Rente wieder zugebilligt werden, so ist Rekurs einzulegen. Iyl.

— Kein Schlußtermin für die Verleihung der Kriegsdenkmünzen. Durch einige Zeitungen ist die Nachricht gegangen, daß Anträge auf Verleihung der Kriegsdenkmünze 1914/18 bis Ausschusses Bundes (Reichskriegerbundes) bis zum 1. Februar 1922 gestellt sein müssen. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Ein Schlußtermin für die Verleihung der Kriegsdenkmünze ist nicht bestimmt worden. Es wird nötig sein, darauf aufmerksam zu machen, daß die Mitgliedschaft zu einem Kriegerverein Vorbedingung der Verleihung ist und, daß aus Gründen der genaueren Kontrolle sinnlichlich der Berechtigung der Antragsteller Anträge nur an die örtlichen Kriegervereine zu richten sind. hl.

— Sonderausstellung „Die deutsche Schule" auf der „Miama" Juni bis September 1922. An dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes mitzuwirken, ist der deutschen Schule mit an erster Stelle vorbehalten. Sie soll dem deutschen Vaterlande das neue Geschlecht heranbilden und erziehen, das Deutschland im Wettbewerbe der Nationen wieder ebenbürtig unter den Völkern auftreten läßt. Sie darf darum auf einer Ausstellung, die sich die Aufgabe stellt, den schlummernden Lebensdrängen des deutschen Volkes neuen Antrieb zu geben und den Strebenden neue Wege zur Weiterentwicklung zu weisen, nicht fehlen. Es besteht darum die Absicht, in Gestalt einer großzügigen Lehrmittelausstellung alles Wesentliche auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung zur Darstellung zu bringen. Da sich in der deutschen Schule bereits neue Kräfte regen und vielfach neue Wege zur Erreichung des hohen Erziehungszieles begangen werden, soll besonders auf die neuzeitlichen Hilfsmittel, die die Lehrmittelindustrie zu bieten imstande ist, Gewicht gelegt werden. In Verbindung damit werden seitens einer Reihe von Lehrerverbänden und Schulfachvereinigungen in Sondergruppen einzelne Abteilungen aus den verschiedenen Gebieten durch Arbeiten aus der Schule zur Darstellung gelangen. Durch dieses innige Zusammenarbeiten von Lehrmittelindustrie und Lehrerschaft wird es möglich werden, das Schulwesen auf der Wirtschaftlichen Ausstellung in einer seiner Bedeutung entsprechenden Weise zum Ausdruck zu bringen. Seitens der Lehrerschaft wird der Veranstaltung ein lebhaftes Interesse bekundet. Es ist neben einer Reihe von Tagungen, die einen großen Zustrom erwarten lassen, eine vom Preußischen Lehrerverein vorbereitete schulpolitische und pädagogische Woche" in Aussicht genommen. In ihr werden die namhaftesten Führer auf dem Gebiet der Schulpolitik und der neueren Pädagogik zu Worte kommen. Die Organisation dieser Abteilung ist einem besonderen Arbeitsausschuß übertragen, hinter dem der Preußische Lehrerverein, der Preußische Philologenverband, der Landesverein Preußischer Volksschullehrerinnen, der Reichsverband deutscher Mittelschullehrerinnen, Landesverband der Lehrerinnen an höheren Schulen, der Verein akademisch gebildeter Lehrerinnen, der Preußische Turnlehrerverein, der Landesverein akademischer Zeichenlehrer, und der Landesverein Preußischer Technischer Lehrerinnen stehen. So wird die Sonderausstellung „Die deutsche Schule" von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung des deutschen Schulwesens sein.

— Zur Portoersparnis. Drucksachen statt Briefe. Die im gewaltigen Sinne erfolgte Erhöhung des Portos bringt für viele Geschäftsbetriebe eine so ungeheuerliche Mehrbelastung des Unkostenkontos, daß man eine Einschränkung der Briefsendungen in ernstliche Erwägung zieht. Ein dazu führender ganzbarer Weg ist u. a. die schon von einigen Firmen befolgte Praxis, die Fakturen stets den Warenpaketen beizufügen. Damit aber im Falle des Verlustes einer Sendung der Empfänger von dessen Abgang unterrichtet wird, ist es notwendig, diese Mitteilung durch Drucksach: dem Kunden zu erteilen. Die Portoersparnis wäre ganz beträchtlich. Nötig wäre es nur, daß den einsaufenden Drucksachen künftig eine erhöhte Beachtung seitens der Empfänger zuteil würde, damit sie nicht etwa — nach bisher vielfach vorhandenen Gepflogenheiten — ungelesen in den Papierkorb wandern.

— Die Thüringischen Elternbeiratswahlen im Zeichen des Kulturkampfes. Das Gesamtergebnis der Elternbeiratswahlen in Thüringen zeigt einen Sieg der für die christliche Grundlage unserer Schulerziehung eintretenden unpolitischen Listen. Bei einer der christlich-unpolitischen Listen (gegenüber den gegnerischen) waren gewählt: in Gera 66 (68), Eisenach 53 (29), Jena 81 (59), Arnstadt 53 (20), Saalfeld 31 (14), Rudolstadt 11 (4), Pößneck 11 (4), Neustadt a. O. 23 (7), Weida 11 (4), Greiz 11 (4), Friedrichroda 9 (6), Ilmenau 11 (4), Ronneburg 15 (9), Auma 9 (6). Was den vereinigten Listen der Linksparteien geschadet hat, ist die Hineinzerrung der Politik in die Schule, den Kampf gegen den christlichen Religionsunterricht und die Forderung der weltlichen Schule. Die gegenwärtige Thüringer Regierung hat, wie bekannt, den Kulturkampf heraufbeschworen. Sie etablierte die sog. Bewegung durch die Anstellung des Reformationsfestes und des Bußtages. Führende Männer des neuen thüringischen Staats-Ministeriums agitierten in Volksversammlungen gegen den Religionsunterricht und greifen öffentlich nicht nur die Kirche, sondern das ganze Christentum an. Die kommende Schulgesetzgebung und Schulreformung wird denselben Geist zeigen. Soeben hat das thüringische Staatsministerium Männer wie Brill und Jakobi, deren Gesinnung zu christlicher Erziehung von den Gothaer Schulkämpfen her in höchster Erinnerung steht, zu Schulräten im Volksbildungsministerium ernannt. Der Ausfall der Elternratswahlen zeigt, daß die Thüringer sich auf solchem Wege befinden. Das thüringische Volk will sich die christliche Grundlage seines Schulwesens nicht nehmen lassen. Die Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen in Jena verlebten am Reformationstage demonstrativ den Unterricht und zogen geschlossen auf den Marktplatz vor das eisenwuchtige Hochfriedendenkmal und sangen in Gegenwart einer großen Menschenmenge das Lutherlied: „Ein feste Burg ist unser Gott!" (Nach Th.G.N.)

— Abzugsfähigkeit der Kirchensteuern bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens. Nach einem Gutachten des Reichsfinanzhofes sind Kirchensteuern bei Ermittlung des nach dem Einkommensteuergesetze steuerbaren Einkommens vom Gesamtbetrage der Einkünfte im allgemeinen nicht abziehbar. Sie können aber zum Abzug zugelassen sein, wenn sie als Erwerbssteuern von bestimmten Vermögensanstalten des Steuerpflichtigen (insbesondere von Grundbesitz) erhoben werden.

Halberstadt. *Millionenspende der Landwirtschaft.* Die im Landbund vereinigten Landwirte unseres Kreises haben auf Anregung des Landrats Dr. Wagner im Sommer 20000 Ztr. Brotgetreide zu einem außerordentlich billigen Preis zur Verfügung gestellt, um billiges Brot zu schaffen. Stadt- und Landkreis haben daher an minderbemittelte Familien den ganzen Sommer über lebenslang Landbundbrotmarken abgeben können, auf die Brot zum gleichen Preis wie Markenbrot bezogen werden konnte, wer eben mit seinem Markenbrot nicht ausreichte. Jetzt aber stellt sich erst der Vorteil heraus. Während nämlich der Brotpreis auf 12 Mark erhöht werden mußte, kostet das Landbundbrot nur 8.75 Mk. An der Stadt Halberstadt kommen vom 15. Februar bis 15. August d. J. allein noch 193710 Landbundbrotmarken zur Verteilung, im Landkreis desgleichen. Für die Dauer eines halben Jahres beträgt also die Spende der Landwirte rund 2 1/2 Millionen Mark.

Halberstadt. (Angestelltenstreik?) Nachdem dem Vermittlungsvorschlag des Regierungsvertreters von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist, besteht keine Möglichkeit mehr, die Angelegenheit auf friedlicher Grundlage zu regeln. Die Angestellten selbst, die mit dem Spruch des Schlichtungsausschusses nicht zufrieden waren, haben nunmehr unmittelbar vor dem Streik. Die Urabstimmung in den Betrieben wird morgen vorgenommen. Von dem Ergebnis dieser Abstimmung hängt die Entscheidung ab.

Lauterberg. Die hiesige Oberförsterstelle ist dem Oberförster v. Rohrscheidt, bisher Hilfsarbeiter im Ministerium, vom 1. April 1922 ab übertragen worden.

Magdeburg. Wieder ein Rest von Eisenbahnbieben ausgehoben. In der Nacht vom 20. bis 21. Februar wurden auf dem Bahnhof Buckau acht Eisenbahnwagen erbrochen und beraubt. Beamten der Untersuchungsstelle der Eisenbahndirektion gelang es, nach am folgenden Tage, die Eisenbahnräuberbande, welche wie Banditen unter den Güstern gewütet hatte, festzunehmen. Es sind dies zwei Arbeiter und drei Schlosser aus Fermersleben. Als Hehler wurde ein Arbeiter aus Alt-Fermersleben festgenommen. Alle Beteiligten wurden dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Außerdem wurde bei den Dieben bei der Haussuchung eine Kiste mit Sprengstoff beschlagnahmt, welcher ebenfalls aus Eisenbahndiebstählen herrührt.

Im Preise

! **bedeutend** !

herabgesetzt!

Burschen-Anzüge, gefüttert 150 u 175 Mk
Herren-Anzüge gefüttert, 250 u 350 Mk.
Damen-Mäntel, 150—250 Mk.
Damen-Kostüme, 125 Mk.
Kinder-Mäntel, 75—100 Mk.
Abend-Hosen, Halbwolle, 75—100 Mk.

Es sind nur noch einige Stücke hiervon vorhanden

Adolf Zander.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220301-11/fragment/page=5